Krankenversicherungsgesetz

vom 19. Dezember 1994

Der Grosse Rat des Kantons Schaffhausen,

gestützt auf das Bundesgesetz über die Krankenversicherung vom 18. März 1994 (KVG)¹⁾ sowie auf das Bundesgesetz über die Unfallversicherung vom 20. März 1981 (UVG)²⁾,

beschliesst als Gesetz:

Art. 1

¹ Der Kanton richtet Personen in bescheidenen wirtschaftlichen Verhältnissen mit Wohnsitz im Kanton Schaffhausen Beiträge zur Verbilligung der Prämien der Krankenpflege-Grundversicherung aus.

² Die Höhe der Beiträge wird im Rahmen der bundesrechtlichen Vorgaben durch den Kantonsrat⁵⁾ festgesetzt.

³ Die nach Abzug der Bundesbeiträge verbleibenden Kosten werden zu 65 Prozent durch die Gemeinden entsprechend ihrer Einwohnerzahl und zu 35 Prozent vom Kanton getragen.⁸⁾

Art. 2

Der Kantonsrat⁵⁾ regelt durch Dekret³⁾ die für die Beitragsberechtigung massgeblichen Einkommens- und Vermögensgrenzen, die Grundsätze zur individuellen Abstufung der Beiträge, das Verfahren bezüglich Datenerhebung und Vollzug, die Kostenaufteilung zwischen Kanton und Gemeinden gemäss Art. 1 Abs. 3 sowie die Finanzierung der Verwaltungskosten.

Art. 3⁶⁾

¹ Kantonale Beschwerdeinstanz für den Bereich der sozialen Kranken- und Unfallversicherung ist das Obergericht; dieses behandelt auch die Klagen im Bereich der Zusatzversicherungen zur sozialen Krankenversicherung (Art. 36a VRG).

² Streitigkeiten gemäss Art. 89 KVG entscheidet das Schiedsgericht in Sozialversicherungssachen (Art. 36a Abs. 2 VRG).

Art. 3a⁷⁾

Der Kantonsrat regelt die Kontrolle und die Durchsetzung der Versicherungspflicht gemäss Art. 3 ff. KVG unter Einbezug der Gemeinden. Er erlässt die weiteren zum Vollzug der Bundesgesetzgebung über die Kranken- und Unfallversicherung nötigen Bestimmungen, soweit gemäss bundesrecht, Kantonsverfassung oder anderen Gesetzen keine andere Instanz zuständig ist.

Art. 4

Die Taxen für im Kanton wohnhafte Patientinnen und Patienten der allgemeinen Abteilung in den kantonalen Krankenanstalten (Spitaltarife gemäss Art. 49 KVG) werden durch den Kantonsrat⁵⁾ so festgelegt, dass ein Deckungsgrad von 50 Prozent der anrechenbaren Kosten schrittweise erreicht wird. Abweichende bundesrechtliche Vorgaben bleiben vorbehalten.

Art. 5

Bis zum Inkrafttreten des Dekretes gemäss Art. 2 dieses Gesetzes werden die Einkommens- und Vermögensgrenzen für die Prämienverbilligungsbeiträge, die Grundsätze zur Abstufung der Beiträge sowie das Verfahren durch Verordnung des Regierungsrates geregelt.

Art. 6

¹ Dieses Gesetz tritt nach der Annahme durch das Volk rückwirkend auf den 1. Januar 1995 in Kraft.

² Es ist im Amtsblatt zu veröffentlichen⁴⁾ und in die kantonale Gesetzessammlung aufzunehmen.

³ Es ersetzt das Gesetz über die Ausrichtung von Kantonsbeiträgen an die anerkannten Krankenkassen vom 19. Dezember 1988.

Fussnoten:

Amtsblatt 1995, S. 403; Rechtsbuch 1964, Nr. 146

1) SR 832.10.

2) SR 832.20.

3) SHR 832.110.

4) Amtsblatt 1995, S. 403.

5) Fassung gemäss G vom 17. Mai 2004, in Kraft getreten am 1. September 2004 (Amtsblatt 2004, S. 707, S. 1263).

6) Fassung gemäss G vom 20. März 2006, in Kraft getreten am 1. Juli 2006 (Amtsblatt 2006, S. 395, S. 848).

7) Eingefügt durch G vom 20. März 2006, in Kraft getreten am 1. Juli 2006 (Amtsblatt 2006, S. 395, S. 848).

8) Fassung gemäss G vom 4. Juni 2007, in Kraft getreten am 1. Januar 2008